

Antrag Öffentlich	Datum 16.12.2003	Nummer A0218/03
Absender SPD-Stadtratsfraktion der Landeshauptstadt Magdeburg		Wird von der Verwaltung ausgefüllt. Aufgenommen in d. TO d. Sitzung d. Gremiums Stadtrat
Adressat Stadtratsvorsitzender Herrn Gerhard Heini Alter Markt 1 39090 Magdeburg		am 08.01.2004 14:00
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 08.01.2004 14:00	
Kurztitel Ausgleich für die Verringerung der kommunalen Einnahmen durch die Senkung der Einkommensteuer		

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich in Zusammenarbeit mit den Städten, den Gemeinden und den kommunalen Spitzenverbänden des Landes dafür einzusetzen, dass die für die Kommunen zu erwartenden Einnahmeausfälle, die aus der im Vermittlungsrat beschlossenen Senkung der Einkommensteuer resultieren, ausgeglichen werden. Dies ist durch die Erhöhung des Anteils der Gemeinden am erhöhten Landesanteil am Aufkommen aus der Umsatzsteuer zu erreichen.

Begründung:

Der Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat hat in den Verhandlungen zum Reformkonzept der Bundesregierung am 16. Dezember 2003 zu einem Konsens gefunden, der die Finanzeinnahmen der Kommunen tangiert.

So wird die Senkung der Einkommensteuer zu Einnahmeausfällen führen, da die Kommunen daran partizipieren.

Die Bundesländer erhalten als Ausgleich für ihre Einnahmeausfälle einen höheren Anteil am Aufkommen aus der Umsatzsteuer, an dem die Kommunen ebenfalls prozentual partizipieren. (§§3 u. 28 FAG LSA)

Sollten die daraus entstehenden Einnahmeerhöhungen die Einnahmeausfälle bei der Einkommensteuer nicht vollständig ausgleichen, muss dies durch eine Erhöhung am Aufkommen aus der Umsatzsteuer kompensiert werden, um so die Investitions- und Handlungsfähigkeit der Kommunen wiederherzustellen.

Die Kommunen des Landes Sachsen-Anhalt befinden sich finanziell in einer äußerst schwierigen Lage. Weitere Einnahmeausfälle neben den bereits beschlossenen Kürzungen bei den Landeszuweisungen sind daher nicht zu verkraften. Aus diesem Grund ist eine vollständige Kompensation der zu erwartenden Einnahmeausfälle zwingend erforderlich.

Gerhard Unger
SPD-Stadtrat